

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Nr. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126.

Mittwoch, den 2. Juni 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Ergänzungswahlen zur Lübeckischen Bürgerschaft.

II.

A. K. Wir wollen auf die einzelnen Forderungen des Näheren eingehen. Zwar enthalten sie für den aufmerksamen Politiker nichts, was nicht schon seit Jahrzehnten als sozialdemokratische Forderung bekannt wäre; aber es ist ja das charakteristische Merkmal unserer Gegner, daß die große Mehrzahl von ihnen hinsichtlich unserer Bestrebungen sich in beneidenswerther Unwissenheit befindet und vielfach glaubt, wenn sie einmal sich mit uns befaßt über befassen muß, wunderlich unerkörte Neuheit an uns entdecken zu haben. Wir wollen deshalb der im Programm niedergelegten Prinzipienklärung eine kurze Motivierung begeben.

Das Hauptgewicht legen wir auf die Durchführung der im ersten Absätze geforderten unentgeltlichen Verleihung des Bürgerrechtes an alle über 21 Jahre alten Lübeckischen Staatsangehörigen, ohne irgend welche Einschränkungen.

Es ist der Kampf gegen politische Entrechtung, Bevormundung und Mundtotmachung, den wir hier kämpfen, wie ihn die Arbeiterschaft fast aller Staaten durchzumachen hat. Immer wieder hat die Lübeckische Arbeiterschaft die Forderung gleichen Rechtes für Alle erhoben, hat Anspruch darauf gemacht, theilzunehmen an der Leitung und Verwaltung des Staatswesens, mitzurathen und zu thaten, wo es gilt, das Wohl der Gesamtheit zu wahren, hat Protest erhoben in Wort und Schrift gegen das hier herrschende System, das Bürgerrecht zu einer käuflichen Waare und dadurch zu einem Reservatrecht der Wohlhabenden herabzuwürdigen — bisher vergeblich! Wir appellieren in dieser Frage an den Gerechtigkeitsinn und das Anstandsgefühl aller wahrhaft Gebildeten, ob es einer freien Stadt würdig ist, ob es dem Wesen einer Republik entspricht, diesen Zustand zu einem dauernden und unabänderlichen zu machen. Im Senate und in der Bürgerschaft sitzen manche studirten Herren, Leute, welche die sogenannte klassische Bildung genossen und aus den Schriften der „Alten“ Wissen und Weisheit geschöpft haben. Sollen wir sie daran erinnern, wie die großen Geister des alten Griechenland über das Wesen eines wahrhaft guten Staates und die Rechte und Pflichten der Bürger dachten? Schon der „Vater der Geschichte“, Herodot, pries die Herrlichkeit unabhängigen, selbständigen Bürgerlebens:

Man findet es durchgängig bestätigt, so sagt er in der „Therapsichore“, daß die Freiheit und gesetzliche Gleichheit eine vortreffliche Sache ist, sintermal auch die Athener, so lange sie unter absoluten Herrschern standen, keinem ihrer Nachbarn im Kriege überlegen waren, während sie, sobald sie dieselben losgeworden waren, bei Weitem die Ersten wurden. Es ist hieraus offenbar, daß sie, so lange sie Unterthanen waren, mit Willen sich feig benahmten, als Leute, die ja für ihren Herrn arbeiteten, während, nachdem sie frei geworden, Jeder für sich selbst zu arbeiten „Lust und Liebe“ hatte.

Und Aristoteles ist der Ansicht, daß nur durch Theilnahme an dem Staat, sei er Monarchie, Aristokratie oder Demokratie, der Mensch, der von Natur ein geselliges, ein „politisches“ Wesen sei, seine Bestimmung — die Thätigkeit des Geistes in Uebereinstimmung mit der höchsten Tugend in einem möglichst vollkommenen Leben — erreichen könne, daß ein Sklave aber, eben weil er vom Staate ausgeschlossen, wenn auch einer gewissen Tugend fähig, doch die höchste nie erreicht. Das Muster eines wahrhaft freiheitlichen Staatswesens malt der große Perikles in seiner unvergänglichen Leichenrede, wo er vom athenischen Staate sagt: Denselben Deuten liegt die Sorge ob für Staat und Haus, und diejenigen, welche die That in Anspruch nimmt, haben zugleich eine nicht dürftige Kenntniß der Staatsangelegenheiten, denn wir halten den, der an allem diesem keinen Theil nimmt, nicht nur allein für unthätig, sondern auch für ein unnützes Glied des Staates.

Das sind wahrhaft republikanische Anschauungen, das sind Worte eines wahrhaft großen, freien Mannes. Wie steht es aber bei uns? Derjenige, „welchen die That in Anspruch nimmt“, der fleißige Arbeiter, welcher das Gold zu Tage schafft, der in Mühen und Entbehrungen den Reichthum produziert, an dem er so geringen Antheil nimmt, der schuldlos allen Wechselfällen der planlosen, wahnwitzigen kapitalistischen Wirtschaftsweise preisgegeben ist, er wird verdammt zu demjenigen, was vor mehr als zweitausend Jahren ein griechischer Staatsmann als „ein unnützes Glied des Staates“ bezeichnete, sintermal er keinen Theil nimmt an den Staatsangelegenheiten. Einst schätzte man eben den persönlichen, in seinem Können und Leisten begründeten Werth des Menschen, heute lagert man ihn, wie Heine so treffend sagt, nach seinem Bankwerth, der weder mit den geistigen Fähigkeiten noch mit der moralischen Qualifikation das mindeste zu thun hat. Aber ziemt das einem republikanischen Staate, dessen Traditionen von freier Entfaltung stolzen Bürgersinns und kerniger Bürgerkraft zu melden wissen? War die Sonne Homers, die aus den Weisheitsprüchen der Alten unsere gelahrten Staatslenker anstrahlte, etwa nur ein armseliges bengalisches Flämmchen, das in der stürmischen und drängerischen Gymnastikzeit einen Augenblick zauberhaft aufblühte, um später in der Zeit der Klemmer und Würden in Vergessenheit zu geraten? Lerne nun nur, um schleunig wieder zu vergessen?

Unsere politischen Ideale sind anderer Art, als die jener Männer, deren Worte wir zitiert haben, weil wir die Erfahrungen in Betracht ziehen, welche die Menschheit im Laufe von zwei Jahrtausenden gemacht hat, und den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen haben. Aber in dem Punkte fühlen wir uns mit ihnen in Uebereinstimmung, daß wir denjenigen als ein unnützes Glied im Staate betrachten, der keine Rechte, keinen Antheil am Staatsleben hat. Zur Zeit ist dies aber noch bei dem weitaus größten Theile der in Lübeck ansässigen Bevölkerung der Fall, und sie empfindet diesen Zustand als eine Ungerechtigkeits- und Erniedrigung, ihr Ehrgefühl bäumt sich auf gegen diese Herabsetzung und Veringschätzung ihres Werthes, und energisch verlangt sie wieder und wieder die Entfaltung des staatsrechtlichen Betreffendes, genannt Achtundzwanzigmarkbürgerrecht, und sie wird nicht ruhen noch rasten, bis ihrem gerechten Verlangen entsprochen worden ist.

Wir besitzen das unbeschränkte Wahlrecht für jeden Bürger, aber das Bürgerrecht ist an die Entrichtung einer beträchtlichen Summe Geldes gebunden, wie es anderswo an den Besitz eines Gutes gebunden sein soll, mit demselben Lode es erlischt. Wie in jenem Phantastestaate der Esel, so wählt hier das Portemonnaie mit 30 Mark. Das soll und muß anders werden. Wir fordern deshalb unentgeltliche Verleihung des Bürgerrechtes. Wir verlangen sie für jeden Staatsangehörigen, welcher das Alter der bürgerlichen Mündigkeit erreicht. Wer sich hier in dem Besitz der Staatsangehörigkeit gesetzt hat, bekundet damit den Entschluß, in Lübeck ansässig zu bleiben, er scheidet also aus derjenigen Schicht aus, die man als fluktuierende, als unbefähigte Bevölkerung bezeichnet, und wer von Rechtswegen für fähig erachtet wird, nach eigenem, freiem Ermessen über sich und das Seine zu verfügen, wer nach bürgerlichen Rechtsbegriffen im Stande sein muß, selbstständig den Kampf ums Dasein zu führen, seine Knochen „für das Vaterland“ zu Markte zu tragen und Steuern zu zahlen, der muß auch berechtigt und befähigt sein, ein Wort mitzureden hinsichtlich der Angelegenheiten des Gemeinwesens, dem er angehört. Wir fordern die Verleihung fernher ohne irgend welche Einschränkung. Vorübergehende, oder in Erwerbsunfähigkeit begründete dauernde finanzielle Nothlage soll nicht zu politischer Entrechtung benutzt werden.

Was wir also im ersten Punkte fordern, ist im Grunde genommen nicht mehr und nicht weniger als die endgültige Freigabe des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes, und wir werden um so energischer diese Forderung vertreten, als von einer anderen Seite, die sich seltsamer Weise „freisinnig“ nennt, der Versuch gemacht wird, an Stelle dieser grundlichen Revision unserer höchst reparaturbedürftigen Verfassung eine Revision nach Hamburger Muster einzuführen. Die „lühnen“ Männern, die im „Verein mit dem langen Namen“ radikal

denken garnicht daran, gründliche Arbeit zu machen und wahrhaft demokratische Institutionen zu schaffen, nein, diese pseudoradikalen Vorkerbellen wären schon seelenvergnügt, wenn nur nach dem von dem famosen Dr. Dränert ihnen angepriesenen Hamburger Rezept das Bürgerrecht an einen Zensus von 1200 M. gebunden würde. Dann könnten sie daran denken, zum mindesten ihre nach politischen Stellungen hungernden Leihhämmer in die Bürgerschaft zu entsenden, und alle Noth hätte ein Ende. Wären sie erst satt, wäre auch das Blöden aus. Für die breite Masse der werththätigen Bevölkerung auf die Schanze zu springen, ist nie ernstlich ihre Absicht gewesen. Gegen diese gemeinfährliche Halbheit machen wir ganz energisch Front und erklären öffentlich, daß wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gerade diesen unter freisinniger Lanzenmaske verkappten, reaktionären und egoistischen Ziele verfolgenden Wölfen zu Leibe gehen werden und alle Gemeinschaft mit ihnen weit von uns weisen.

Politische Freiheit in einem echt demokratischen Staatswesen, das ist unsere Forderung, und wer nicht für diese voll und ganz eintritt, ist unser Gegner, mag er getauft sein, wie er will.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Als gescheitert sieht die „Nordb. Allg. Ztg.“ die Vereiskonvention an. In einem Leitartikel über die zweite Lesung der Novelle im Abgeordnetenhaus bezeichnet sie die Vorlage in der beschlossenen Fassung als „einen Dors, ein Messer ohne Klinge“. Nach einer Lobhudelei auf die „nach Inhalt wie Form gleich wirkungsvolle Rede“ des Ministers des Innern und nach einigem Schimpfen auf die Opposition, die sich von „missverständlichen Fraktionsinteressen und augenblicklicher Popularitätshascherei“ leiten lasse, erklärt das Regierungsblatt, daß die verstümmelte Vorlage ein wirksames Kampfmittel nicht darzustellen vermöge. Die Verantwortung für das Scheitern der ganzen gesetzgeberischen Aktion falle den oppositionellen Parteien zu Last. Das offiziöse Blatt tröstet sich mit der Hoffnung, daß das Volk, auf dessen wirkliche Stimmung man so wenig Bedacht genommen und dessen tiefste Interessen durch die ablehnende Stellungnahme der parlamentarischen Mehrheit verletzt werden, zur gegebenen Zeit Abrechnung halten werde. — Die Abrechnung wird schon kommen, aber in anderer Weise, als die „Nordb. Allg. Ztg.“ sich träumen läßt.

Die namentliche Abstimmung zum Vereiskonvention im Abgeordnetenhaus am Freitag betraf bekanntlich den Antrag der Freikonservativen, welcher die Befugniß zur Auflösung von Versammlungen und zum Verbot von Vereinen erweiterte, die eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Richtung verfolgen (sogenanntes „kleines Sozialistengesetz“). Der Antrag wurde bekanntlich mit 206 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Da am Freitag das Abgeordnetenhaus 430 Mitglieder zählte, so haben 31 Abgeordnete an der Abstimmung nicht theilgenommen. Gesetzt haben 19 Konservative und Freikonservative, 8 Nationalliberale, 3 Centrumsmitglieder, 1 Freisinniger. Nimmt man an, daß alle Konservativen und Freikonservativen mit der Minderheit, alle Nationalliberalen, Centrumsmitglieder und Freisinnigen mit der Mehrheit stimmen würden bei voll besetztem Hause, so würde die Minderheit von 193 Mitgliedern auf 212 anwachsen, die Mehrheit von 206 auf 218. Dazu würde noch ein inzwischen neu besetztes Centrumsmandat kommen. Somit bleibt also bei voll besetztem Hause nur eine Mehrheit übrig von 7 Stimmen.

Die Unverschämtheit der Scharfmacher wächst! Bei der Berathung des Kultusetats wandte sich im preussischen Herrenhause Frhr. v. Stumm in längerer, scharf verurtheilender Rede gegen den Kathedersozialismus, welchen der Kultusminister im Abgeordnetenhaus vertheidigt hatte; dadurch sei im Lande große Erregung hervorgerufen. (1) Der Minister habe die Kathedersozialisten irrtümlich mit dem Verein für Sozialpolitik identifizirt und als in Uebereinstimmung mit der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 stehend, hingestellt. Heute sei aber der Kathedersozialismus Nichts als sozialdemokratische Demagogie, welche die Gesellschaftsordnung untergrabe, den Eigen-

thumsbegriff in Frage stelle und das Kapital als Arbeiterausbeutung hinstelle. Man berufe sich auf Bismarck, aber Bismarck habe ihm vor 14 Tagen erklärt, Niemand könne den Kathedersozialismus schärfer verurtheilen, als der Fürst selbst, der darin eine Verzerrung dessen erblicke, was er zum Wohle der Arbeiter beabsichtige. An den Universitäten erhielten fast nur Bewerber der kathedersozialistischen Richtung Lehrtitel, weil die anderen als unwissenschaftlich stigmatisirt wurden und der Minister daher nicht in der Lage sei, sie anzustellen. Man nenne sie arbeiterfreundlich; aber wer ist heute nicht arbeiterfreundlich? Alle Parteien wetzeln in Arbeiterfreundlichkeit. (III) Allein praktische Vorschläge habe der Kathedersozialismus noch nicht gemacht. Prof. Schmoller habe kürzlich gesagt, man erwerbe Millionen nicht, ohne mit dem Aermel das Zuchthaus zu streifen. Diese Aeußerung sei fanatischer als irgend eine von Liebknecht oder einem anderen Sozialdemokraten. Die Schüler Schmollers gehörten zu den vorgeschrittensten dieser Richtung. Allerdings sei Schmoller selbst noch nicht in die Arbeiterversammlungen herabsteigen, wie sein Kollege Wagner, der sich darin zu gefallen scheine.

Der Minister habe das Auftreten Wagners in Bochum nach einem Bericht über seine dortige Rede gebilligt. Aber die Rede lautete in Wahrheit viel stärker. Er (Stumm) habe sie sich stenographiren lassen und stelle sie dem Minister zur Verfügung. Wenn dort ein Streik ausbreche, so treffe Wagner die Verantwortung. Männern wie dem Privatdozenten Arons müsse das Handwerk gelegt werden. Redner wandte sich dann in ähnlich scharfer Weise gegen Professor Delbrück, der ein Kriegsknappe der nationalsozialistischen Bestrebungen sei; der Führer dieser Bestrebungen sei Raumann, der mit der Sozialdemokratie kokettire und die Lehre aufstelle, daß die Uebelthäter erst durch das Gesetz gemacht würden. Der einzige Unterschied von der Sozialdemokratie sei ein nationales Mäntelchen. Delbrück habe in den „Preussischen Jahrbüchern“ gegen die Umsturzvorlage, das Sozialistengesetz und das Vereinsgesetz geschrieben und die hierfür Eintretenden als engherzig und Mammonsdiener bezeichnet. Schmerzlich sei ihm, daß er sich gegen den Minister wenden müsse, aber das sei angesichts der im Kathedersozialismus liegenden Gefahr doch sehr notwendig.

Kultusminister Dr. Boffe entgegnet, daß er mit manchen Stellen der Ausführungen des Vorredners übereinstimme. Allein der Kathedersozialismus sei eine wissenschaftliche Schule und wolle sich gar nicht praktisch betheiligen. Von einem Gehen könne man nicht reden. Durch die Bochumer Rede habe Wagner seine Amtspflicht nicht verletzt. Der Minister hoffte, daß wieder ein anderer Zug in die wissenschaftliche Richtung kommen werde. Aber mit Gewalt könne man auf geistigem Gebiete nichts ausrichten.

Der Minister nahm dann den Prof. Schmoller warm in Schutz, der niemals den Klassenkampf geschürt habe. Prof. Wagner habe stets im Widerspruch zur Sozialdemokratie gestanden. Was die Berufung Delbrück's auf den Lehrstuhl Treitschke's betreffe, so sei doch Delbrück der nächste gewesen, der überhaupt in Frage kam.

Der Minister, man liest es zwischen den Zeilen, antwortete sehr zahm auf die gräulichen Denunziationen und die von lächerlicher Ueberhebung geschwollenen Exclamationen des obersten Scharfmachers.

Im Uebrigen: hält man diesen Vorgang im Herrenhause zusammen mit dem Benehmen, das der Minister Reke und seine getreuen Sunter im Abgeordnetenhaus entfalteten, so darf man — so man ein „Umstürzler“ ist — sich nicht über die zersetzende Thätigkeit dieser Staatsstücken beklagen. Jeder „Ordnungsmann“ aber sollte Trauerkleider anlegen und sich Asche aufs theure Haupt streuen, denn das Stumm-Konsortium sprengt ihnen den Ordnungstempel in die Luft.

Ueber Dr. Peters wird aus London gemeldet: Der hier zugereiste Dr. Peters soll im Dienste einer „Chartered-Yukon-Company“ zur Ausbeute großer Goldfelder und Minerale nächst der Alaskagrenze (Kanada) künftig „kononifiren“ helfen. Die Gesellschaft ist vom Herzog von Zeck und 15 Parlamentsmitgliedern gegründet und soll Freibriefe erlangt haben. Gut ab, ihr Wilden von Kanadien — das goldene Zeitalter naht!

Ueber Anstellung von praktischen Vergleuten als Gruben-Controllenre berichtet die „Volkszeitung in St. Johann:

In letzter Zeit wird viel darüber geklagt, daß so viele Unglücksfälle in den Gruben durch Kohlen- oder Gesteinsfall vorkommen. Um dieser Kalamität entgegenzutreten, hat die Berginspektion Fischbach eine praktische Einrichtung getroffen, die auch anderen Gruben empfohlen werden kann. Es kann nämlich die Beaufsichtigung der Grubenarbeit nicht so überwacht werden, wie die Tagesarbeiten, die Controllirung der einzelnen Arbeitspunkte geschieht täglich einmal durch die Steiger. Haben diese ihre Abtheilung durchfahren, dann sind die Leute meistens ohne Aufsicht. Deshalb ist sowohl hier in Ramphausen als auch in Kreuzgraben für jede Steigerabtheilung ein zuverlässiger Bergmann bestimmt, der sämtliche Arbeitspunkte in Bezug auf das Verhalten zu kontrolliren hat. Dieser Mann erhält 4 Mark Schichtlohn und zwar so lange, als kein Unglück durch Kohlen- oder Gesteinsfall vorkommt. Passirt im Laufe des Monats ein Unglücksfall,

dann erhält der Mann nur 3,80 Mark pro Tag. Es liegt deshalb in seinem eigenen Interesse, scharfe Controllen zu üben, damit Unglücksfälle möglichst vermieden werden.“

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ bemerkt zu dieser Mittheilung:

„Wenn diese Regelung der Controllen auch nicht den Ansprüchen der Vergleuten ganz entspricht, so ist doch hier unseres Wissens zum ersten Male in Deutschland der Anfang gemacht worden, die praktischen Vergleuten an der Grubeninspektion theilnehmen zu lassen.“

#### Frankreich.

Die Katastrophe der Rue Gonjou vor der Kammer. Berry interpellirte darüber, wen die Verantwortung für den Brand in dem Wohlthätigkeitsbazar treffe. Der Interpellant wies auf die Aufopferung und den Muth hin, den Männer aus dem Volke bei dem Rettungswerke bewiesen.

Der Minister des Innern, Barthou, erwiderte, die Ursache des Brandes sei heute genau ermittelt: durch die Ursache des Brandes sei heute genau ermittelt: durch die Lampe des Kinetographen diente, entzündet worden. Der Polizeipräsident habe den Bazar nicht überwachen lassen können, da er in einem Privattraume schlief.

Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde angenommen. Recht bequem für die Polizei und ihre Gönner!

#### Italien.

Protest gegen Hungersteuern, siegreicher Landarbeiterstreik. Der Finanzminister Branca beabsichtigt einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem alle Arbeitslöhne von 3 Lire 50 Cent. und mehr der Einkommensteuer unterworfen werden sollen. Proteste gegen dieses Vorhaben wurden schon von allen Seiten laut und gegen diese neue Hungersteuer um so berechtigter, als die Kaufkraft der 3 Lire 50 Cent. der von 2 Mt. nicht gleich kommt. Das arbeitende Volk leidet ständig an Unterernährung. Der Commandatore Bodio stellt im statistischen Jahrbuch amtlich fest, daß in verhältnismäßig guten Zeiten die Bevölkerung pro Kopf 123 Kg. Weizen, jetzt nur 118 Kg. konsumire, daß sie 1890-91 an Salz 7,15 Kg., 1895-96 nur 6,54 Kg. verbrauchte, daß von 1883-86 3,11 Kg. Zucker auf den Kopf kommen, 1891-94 nur 2,43 Kg. und in gleichen Perioden 0,567 Kg. resp. 0,428 Kg. Kaffee; daß der Konsumzoll 1895-96 der Stadt Rom 360 320 Lire und jener von Neapel 427011 Lire weniger als im Vorjahr ergab, trotzdem die Bevölkerung im Wachsen ist. Die zunehmende Auswanderung findet dadurch ihre Erklärung; die mögliche „Jagd auf die Italiener“ im Ausland ziehen die armen Menschen dem Hunger vor. In Cotrone bei Catanzara wollten die Bauern in der Wuth über die Herdsteuer das Stadthaus in Brand stecken, wurden aber von der Gendarmerie auseinandergetrieben. Eine erfreuliche Thatsache ist zu verzeichnen. Zum ersten Mal haben organisirte Landarbeiter bei Cremona durch einen Streik bessere Arbeitsbedingungen erzwingen, trotzdem Soldaten zu Streikbrecherdiensten befohlen worden waren. Hoffentlich weckt das gute Beispiel Nachahmung, damit die Wuthausbrüche des gequälten Volkes verschwinden und zielbewusster Kampf an seine Stelle trete.

#### Griechenland.

Im griechisch-türkischen Konflikt stehen die Dinge immer noch auf dem alten Fleck. Die diplomatischen Verhandlungen beziehen sich vorläufig noch auf die Vorbereitung der Friedensverhandlungen und die Erledigung dieser Vorfragen wird vermutlich noch einige Zeit kosten. In der Antwort auf die Mittheilung der Pforte vom 17. Mai haben die Botschafter am Sonnabend erklärt, daß sie keinen Einwand gegen den Abschluß des Waffenstillstandes gemäß den Wünschen der Pforte erheben, und sie würden in diesem Sinne Schritte in Athen thun. Die Botschafter sind übrigens der Ansicht, daß die Verathung der Friedensbedingungen ohne weiteren Verzug zu beginnen hätte. Von der „Ansiht“ bis zur That ist aber oft noch ein weiter Schritt.

Wie die „Agence Havas“ meldet, scheint Griechenland der Festsetzung eines regulären Waffenstillstandes, wie ihn die Türkei unter Zustimmung der Mächte fordert, keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen zu wollen. Derselbe würde so lange verlängert werden, als dies die Friedensverhandlungen erfordern.

Nach einer Meldung des „Wiener Korrespondenz-Bureaus“ bezeichnen Informationen aus den Kreisen der Botschafter die Nachricht, daß Rußland sich bereit erklärt hätte, die von Griechenland an die Türkei zu zahlende Kriegsschadigung à conto seiner Kriegsschadigungsforderung zu übernehmen, übereinstimmend als unrichtig.

Mit der Dynasten-Herrschaft des Königs Georgios und seiner Nachkommen scheint es immer unsicherer zu werden. Nach den Londoner „Daily News“ hat eine Botschaft in Konstantinopel eine Depesche aus Athen erhalten, der zufolge die königliche Familie im Palast verbarrikadirt und die königliche Nacht zur Abfahrt bereit sei; das Ministerium in Athen gewähre dem König keine Unterstützung. Römische Blätter melden dagegen, daß die griechische Regierung keine Besorgnisse mehr vor revolutionären Bewegungen, wohl aber vor dem Umsichgreifen des Brigantaggio habe. Diese beiden Nachrichten ließen sich sehr wohl vereinen, wenn das Ministerium gegen den König operirt. Dem Kronprinzen, der sich in den Kämpfen so hervorragende Vorbeeren — im Komman-

dire des Rückzuges — erworben hat, scheint der Boden Griechenlands zu heiß zu werden. Aus Athen meldet die „Pol. Korr.“: Der Kronprinz werde nach dem Abschlusse des Friedens eine Reise in's Ausland unternehmen. Vielleicht vergiftet er gleich, sich ein Retourbillet zu nehmen.

Die Türken scheinen sich an den vorläufigen Waffenstillstand nicht sonderlich zu kehren. Ein Telegramm aus Athen, 30. Mai, meldet: Reguläre und irreguläre türkische Truppen rückten in der Nacht auf die Entfernung einer halben Stunde gegen Diory vor, wo sie einige Zelte errichteten. Diory wurde durch die Türken besetzt. Man hörte von Lamia aus die türkischen Signale. Die Türken rückten bis Aghios Dimitrios vor und befinden sich, wie man hier annimmt, auf dem neutralen Gebiet.

Aus Kandia, 30. Mai, meldet die „Agence Havas“: Hier ist das Wasser abgeschnitten. Die Angriffe dauern fort; die Bevölkerung steht unter Waffen. — Gestern wurde ein mit Petroleum getränktes Magazin in Brand gesteckt.

#### Lübeck und Nachbargebiete.

1. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Töpfern nach Rostock, von Bäckern nach Dänemark und Schweden.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, S. M. Th. Wahrdt, J. B. S. Pamperin, F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Bangert ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde Leberstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Endlich kommt sie auch, — die „Eisenb.-Ztg. nämlich. Nachdem bereits der „Hamburger Correspondent“ die Schauermär von dem auf Mitternacht erhaltenen Streikunterstützung aufgetischt und das Amtsblatt hochentzündet die selbe nachgedruckt, sieht sich auch die nächstbeiliegte Tante bewegen, zu reden. Doch wie zahl! Sie meldet lebendig, daß der Klempler Noahl auf Mitternacht von 245,60 Mt. Streikunterstützung verklagt sei, und daß der Gemertverein (Hirsch-Dunker) ihm Rechtschutz gewähren wolle, da nach Ansicht eines um Rath befragten Rechtsanwalts der Anspruch ansprechbar sei. Der ganze Vorgang sei „charakteristisch“. Kein, verehrte Tante, charakteristisch ist die Art und Weise, wie Sie Stellung zu der Angelegenheit nehmen. Spüren Sie das nicht auch nachgerade?

Vor dem Schwurgerichte, Vorsitzender Landrichter Dr. Venna, hatte sich gestern das am 11. Januar 1874 hieselbst geborene Dienstmädchen Minna Maria Dorothea Otto wegen Mordes zu verantworten. Die von Dr. Plessing vertheidigte Angeklagte wird beschuldigt, ihren am 26. Oktober v. J. außerehelich geborenen Sohn Paul Martin Max Otto am 14. Februar d. J. Abends von der Pflegemutter Wittwe Krüger hieselbst abgeholt und später unterhalb der Fischstraße auf das Eis der Trave geworfen zu haben, wo der Kleine einen Schädelbruch erlitt und den Tod durch Erfrieren fand. Die Angeklagte war vollaus geständig. Sie hat die That angeblich begangen, weil sie fürchtete, für das Kind nicht genügend sorgen zu können. (Die alte Geschichte! Wo bleibt denn der Herr Papa des Kindes? D. R.) Die Geschworenen erkannten auf nicht mit Ueberlegung ausgeführten Mord und billigten außerdem mildernde Umstände zu, das Gericht erkannte daraufhin auf 5 Jahre Gefängniß. Der Vater des getödteten Kindes war übrigens der Gastwirth Willy Jaack, Hamburg, St. Pauli, Eimsbüttelerstraße 40, nach einem Briefe von ihm zu urtheilen, der in der Verhandlung verlesen wurde, ein gewissenloser gewohnheitsmäßiger Verführer. In jenem Brief schreibt er der Otto, sie solle zusehen, den Knaben für 100 Mark los zu werden; sie wisse, daß er mit dergleichen Sachen viel Pech gehabt, aber nie so viel gezahlt habe; er könne nicht mehr als 60 Mark jährlich zahlen, das sei die gesetzlich notwendige Summe, mehr erhielten andere Mädchen in Lübeck, welche gleichfalls Kinder von ihm hätten, auch nicht. Er würde auch überhaupt nicht so viel Geld für die Sache ausgeben haben, wenn nicht damals gerade der Ehescheidungsprozeß mit seiner Frau geschwebt hätte. Der sei aber jetzt erledigt und wolle er nicht mehr so viel Geld hergeben. Ueberdies seien seine Verhältnisse nicht danach, er habe Schulden. — Mit der Otto hat er sich in ein intimes Verhältniß eingelassen, während er mit seiner Frau im Ehescheidungsprozeße lag.

Begen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange hatte sich gestern noch der am 3. September 1873 zu Nienborf a. D. geborene Tischlergeselle Wilhelm Ludwig Franz Hagestein vor dem Schwurgericht zu verantworten. Derselbe hat in der Nacht zum 1. März d. J. nach einer Festlichkeit, bei welcher die Theilnehmer in animirter Stimmung gerathen waren, den Fischerknecht Max, welcher ihn händelte und thätlich angegriffen haben soll, durch einen Messerstich in die Brust derart verletzt, daß derselbe wenig darauf starb. Der Angeklagte war geständig, wollte aber in Nothwehr gehandelt haben. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, billigten aber mildernde Umstände zu, worauf Verurtheilung zu 3 Jahren Gefängniß erfolgte.

In die Trave gefallen war in der Nacht auf Sonntag ein Mann in der Nähe des Schuppen 5. Er wurde

unter vieler Mühe von dem Kapitän eines daselbst liegenden Schiffes dem nassen Elemente entziffen.

Gerettet wurden zwei Kinder, von denen das kleinere in der Wallstraße in einem Kinderwagen in die Trave gerollt war, während die größere Schwester bei dem Rettungsversuch in Lebensgefahr gerieth, durch einen Schußmann und einen Soldaten vom 162. Regiment.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde am Sonntag Vormittag bei der Falkenstraße aus der Watenig gezogen. Als Mutter ist eine Wittve Brindmann ermittelt. Dieselbe ist in Haft genommen.

In das Handelsregister ist eingetragen auf Blatt 1897 bei der Firma „Butterhandlung zur Krone, H. W. Benschl.“ Die Firma ist erloschen.

**Testaments-Eröffnungen.** In der Sitzung des Amtsgerichts vom 31. Mai sind eröffnet worden: 1) das gegenseitige Testament des hier selbst verstorbenen Privatmanns Franz Joachim Friedrich Timm und seiner Ehefrau Catharine Dorothea geb. Nowolbt vom 12. April 1872 nebst Nachträgen vom 29. März 1882 und 7. Juli 1896; 2) das Testament des hier selbst verstorbenen Bildhauers Johann Friedrich Anton Dahlfus vom 25. Januar 1873; 3) das Testament des verstorbenen Altknechters Hans Hinrich Friedrich Nau zu Sirkstraße vom 27. Juni 1877 nebst Nachtrag vom 28. März 1885.

**Erklärungen.** In der Sitzung des Amtsgerichts vom 31. Mai hat die Ehefrau des Lageristen Johann Ludwig Delle Peterfen, Sophie Marie Charlotte, geb. Wade, wohnhaft hier selbst, unter Beistand dieses ihres Ehemannes die Erklärung abgegeben, daß sie für die Verbindlichkeiten ihres Ehemannes überall nicht haften wolle und die Ehefrau des Müllergehilfen Christian Heinrich Theodor Mannhardt, Maria Margaretha Magdalena geb. Woss, wohnhaft hier selbst, unter Beistand dieses ihres Ehemannes die gleiche Erklärung.

**Dassow.** Die Prachtbibel des Präpöstitus Sellin, von welcher wir jüngst einige Mittheilungen machten, ist am Sonntag dem Jubilar eingehändigt worden.

**Hamburg.** Die größte Mhederei der Welt. In diesen Tagen feierte die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft ihr fünfzigjähriges Bestehen. Am 27. Mai 1847 wurde die Gesellschaft mit zwei Segelschiffen begründet, heute verfügt sie über eine Flotte von 122 Dampfschiffen.

Die Entwicklung der Gesellschaft giebt ein Bild der Entwicklung des überseeischen Weltverkehrs. Es ist hier nicht unsere Absicht, auf die Verkehrsfortschritte in den letzten fünfzig Jahren hinzuweisen und die wirtschaftlichen Verdienste der Hamburger Gesellschaft näher zu schildern. Nur den Verherrlichungen gegenüber, die sich die bürgerliche Presse über die Jubilare leistet, sei darauf hingewiesen, daß es unrichtig ist, wenn man sagt, die Gesellschaft hätte seit ihrem Bestehen in viel höherem Grade die rein volkswirtschaftlichen Interessen gefördert als die Interessen ihrer Aktionäre. Wichtig ist, daß die Gesellschaft zum Theil sehr schlechte Zeiten durchgemacht

und oft jahrelang keine Dividenden vertheilt hat. Aber im Durchschnitt berechnet hat sich das Kapital, das in dem Unternehmen angelegt ist, doch sehr anständig vermehrt. Die Gesellschaft zahlte in Prozenten Dividende:

1847-1856:	0	0	0	0	0	28	0	10	8	
1857-1866:	0	0	0	6	8	10	8	8	20	20
1867-1876:	16	8	15	7	12	16	12	0	0	0
1877-1886:	0	7	6 1/2	10	12	9	4	0	0	4
1887-1896:	6	8 1/2	11	8	5	0	0	0	5	8

Im Durchschnitt wurde also jährlich eine Dividende von 6,3 pCt. vertheilt, gewiß kein exorbitantes, aber für ein solches Aktienunternehmen sicherlich ein sehr zufriedenstellendes Erträgniß. Der Meingewinn als solcher war übrigens noch viel größer, wurde aber zu einem großen Theile zur Vermehrung des Schiffsparks verwandt, der namentlich in allerjüngster Zeit durch besonders leistungsfähige Dampfer einen bis jetzt noch konkurrenzlosen Zuwachs erfahren hat.

Das Meer der sechstausend Angestellten freilich kann mit seiner Lage lange nicht zufrieden sein; noch der jüngste Streik der Hamburger Hafenarbeiter hat auch über die Verhältnisse der Lage der bei der Packetfahrt-Aktiengesellschaft Angestellten Licht verbreitet, das die Gesellschaft nicht gerade von einer lobenswerthen Seite erscheinen ließ. Wenn nun aber der Gewinn seit Bestehen des Unternehmens nie über 6,3 pCt. hinausgegangen ist, so ist daran keineswegs die Verschwendung der Aktionäre schuld, sondern die scharfe internationale Konkurrenz, unter der die Schiffsgesellschaften zu arbeiten haben. Aber auch dieses Stadium ist wohl bald glücklich überstanden, indem die Mhedereien sich gegenseitig verbinden, um sich eine gewinnreiche Zukunft zu sichern. Bei dem kolossalen Kapital, das in Schiffsmhedereien angelegt ist und das man für die Handelsmarine auf sechs Milliarden Mark berechnet hat, dürfte die Zeit nicht mehr allzu fern sein, wo die Frage der Verstaatlichung der Schiffahrtsgesellschaften ebenso an die Staaten herantritt wie diejenige der Eisenbahnen.

**Hamburg.** Ein „civilisierter“ Neger. Ein angetrunkenen Neger, der offenbar von den „schneidigen“ deutschen Kulturträgern in Afrika in puncto „Civilisation“ abgefärbt hat, drang vorgestern Abend in das „Café Harmonia“ in St. Pauli ein und verlangte ein Seidel Woermann-Schnaps, schließlich auch noch eine Flasche Nagel Spirit. Als ihm die Verabfolgung dieser deutsch-afrikanischen Delikatesse verweigert wurde und der Portier den schwarzen Landsmann aus Kamerun zur Thür hinauskomplimentiren wollte, zog der schwarze Bruder ein „schneidiges“ Dolchmesser und stach damit nach dem Thürhüter. Dieser machte eine geschickte Wendung und wich dadurch der gefährlichen Waffe aus. Dann erfolgte die Verhaftung des „schneidigen Afrikaners“. Trotz unausgesetzten Pfeifens der Kellner des Cafés mittels Signalflöten wahrte es fast eine halbe Stunde bis einige Schutzleute am Orte der That erschienen. Der Neger wird sich gleich den unterschiedlichen „Kulturträgern“, Affen und „Ehrbaren Kaufleuten“,

vermutlich darauf berufen, daß sein Thun nach „afrikanischen Begriffen“ und deshalb nicht strafbar sei.

**Hamburg.** Ein Schilfbürger Reich. Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter hier am Orte hatte mit dem Pächter des „Schützenparkes“, Herrn Hannemann, das Abkommen getroffen, daß dieser den Saal des „Schützenparkes“ zu einer Theater-Aufführung von Schnitzlers „Liebelei“ hergeben sollte. In letzter Stunde ist jedoch Herr Hannemann in Folge Beeinflussung von Seiten des hiesigen Spießbürgerthums wortbrüchig geworden. Das „Volksblatt“ schreibt darüber: Schon vor einigen Tagen sagte der Wirth des „Schützenparkes“, die Polizei- Behörde habe ihn rufen lassen, um ihm zu sagen, ob er auch wisse, was das für ein Verein sei, der die Aufführung veranstalte. Diese liebevolle Fürsorge der Polizei- Behörde ist ja sehr rührend, aber durchaus überflüssig. Selbstverständlich konnte sich die Polizei- Behörde nicht weigern, die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der Aufführung auszustellen. Dabei ist ihr allerdings ein kleines Versehen passiert. Sie ließ sich 3 Mark Vergnügungssteuer ausbezahlen. Es ist ja von ihr auch nicht zu verlangen, daß sie außer der Kenntniß ihrer Instruktion noch eine so weitgehende Kenntniß der modernen Literatur besitzen soll, um zu wissen, daß bei der Aufführung von Arthur Schnitzlers „Liebelei“ ein höheres, ein Kunstinteresse vorhanden ist. Nachdem diese Klippe glücklich umsegelt und Alles in Ordnung zu sein schien, bekam Freitag Abend der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Martens, von dem Wirth des „Schützenparkes“, Herrn Hannemann, ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wurde, der Wirth ziehe „die Erlaubniß“, sein Lokal benutzen zu dürfen, zurück. Glücklicherweise handelt es sich nicht um eine einseitig gegebene Erlaubniß, sondern um einen regelrecht vor Zeugen abgeschlossenen Kontrakt und Herr Hannemann wird dem Verband vollständigen Schadenersatz leisten müssen. Wir schätzen die Summe, die er zu bezahlen haben wird, auf über 300 Mk. Als Grund seines Wortbruchs wird hat Herr Hannemann angegeben, daß er einen ganzen Haufen Drohbriefe bekommen habe und daß die Aktiengesellschaft ihn, falls er die Aufführung gestatte, nach vier Wochen auf die Straße setzen werde.

Dagegen, daß Kriegervereine und Innungen literarisch werthlose Poffen im Saale des „Schützenparkes“ spielen lassen, hat die löbliche Aktiengesellschaft natürlich nichts einzuwenden. Wenn aber die Arbeiter sich ein künstlerisch werthvolles Drama, das an den ersten deutschen Bühnen gegeben worden ist, vorführen lassen, so ist natürlich unsere ganze herrliche Weltordnung in Gefahr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 31. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut. Ingefahr wurden 1220 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück Breite-Berandtschweine schwere 47-48 P., leichte 48-50 Mk., Canen 35-44 Mk. und Ferkel 46-48 Mk. pr. 100 Stk.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Heute Morgen entschloß sich nach kurzer Krankheit unser lieber Sohn **Gottlieb**. Tief betrauert von den Eltern und Geschwistern **Wendelborn**.

**Zu vermieten** ein möbl. Zimmer mit voller Pension, monatlich 50 Mk. **H. Lüth**, Schüsselbuden 4.

**Gesucht** ein junges Mädchen für einige Stunden des Tages. Monatlich 8 Mark. Näheres Augustenstr. 20 a.

**Zu verkaufen** ein neuer dunkler Herren-Anzug billig Weiter Lohberg 18, part.

**Zu verkaufen** ein gut erhaltener Kinderwagen Bräderstr. 4, Et., Holstenhor.

**Briefstauben billig zu verkaufen** Friedenstr. 31.

**Billig zu verkaufen** ein helles wollenes Sommerkleid für jung. Mädchen Mauer 10, 1. Et.

**Zu verkaufen** ein 7 Monat alter Zünger gut geeignet als Zuchtthier. **Knutzsch**, Menfefeld, Mühlenstr.

**Zur Anfertigung jeder Art Drechslerarbeit** empfiehlt sich **A. Müller**, Drechsler, Al. Bauhof 12

**H. Görtz**, Engelwisch 37 Feuerversicherung Rheinland

**Täglich frisch!** Feinste Meierei-Grasbutter Pfund 100 Pfg. **Van den Bergh's Margarine** feinstes Ersatz für Naturbutter, Pfund 50, 55, 60 Pfg. **Schmalz** Pf. 40, 2 Pf. 75 Pfg., bei 5 Pf. à Pf. 35 Pfg., bei Abnahme von größeren Quantitäten billiger. **Holstenstr. 6. August Holst** Special-Butterhandlung.

Neueste Mode. Größte Auswahl. Neueste Mode. **Herren- und Knaben-Hüte** von den elegantesten bis zu den billigsten. **Rudolph Rose**, Königstraße 61, bei der Fleischhauerstr.

**Herren-, Knaben- u. Kinderhüte, Mützen, Shlipse, Hosen-träger, Strohhüte** besonders billig. **C. H. Wessel**, Kupferschmiedestr. 15, früher Holstenstr. 32.

**Tapeten.** Große Auswahl! Billige Preise! **Hans Fock**, Fadenb. Allee 10.

**Die Schweineschlachterei** von **W. Strohfeldt** 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt: **Frische Flohmen**, Pfd. 50 Pf. **Schweinefleisch** . . . Pfd. 50 Pf. **Carbonade** . . . Pfd. 60 Pf. **Quenfleisch** . . . Pfd. 50 Pf. **Prima Schmalz** . . . Pfd. 60 Pf. **Braten-Schmalz** . . . Pfd. 30 Pf. **Kopf und Bein** . . . Pfd. 20 Pf. **Geräucherter Speck** Pfd. 60 Pf. **Gekochte Mettwurst** Pfd. 60 Pf. **Geräuch. Mettwurst** Pfd. 70 Pf.

**Visit-Karten** auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an liefert prompt und sauber **Die Druckerei des Ldb. Volksboten.**

**Möbel, Regulateure, Betten, Gardinen, Teppiche, Kleiderstoffe, Leinen-Wäsche, Jackets, Damen- u. Knaben-Garderoben - Sinderhagen** liefern gegen bequeme **Theilzahlung** in wöchentl., 14täg. u. monatl. Raten. **Waaren-Credit-Haus S. Sachs** Johannisstraße 23. **Musik!** Harmonikas reparirt sauber und billig **Musikhaus Jack.**

**Quartett-Verein „Luba“.**

In der Tombola am 30. Mai sind folgende Nummern gezogen: 23 175 226 418 419 428 465 481 534 596 607 624 644 734 743 759 833 850 902 957 971 981 989 1107 1116 1138 1146 1232 1252 1264 1347 1390 1404 1415 1449 1469 1549 1562 1577 1587 1592 1683 1686 1711 1751 1861 1904 1949 2001 2084 2104 2142 2146 2153 2235 2287 2241 2282 2371 2387 2422 2430 2464 2467 2503 2507 2554 2583 2624 2660 2671 2684 2685 2789 2744 2761 2767 2861 2900 2981. Die Gewinne sind im Concordiagarten von Dienstag den 1. Juni, Nachmittags 4 bis 9 Uhr, in Empfang zu nehmen, von Freitag den 4. Juni bis zum 1. Juli in Stadenstraße 27/12. **Der Vorstand.**

**Achtung! Werftarbeiter!** Mittwoch den 2. Juni **Mitglieder-Versammlung** bei Spahrman, Hundestr. 101. NB. Das Erscheuen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig. **Der Vorstand.**

**Achtung Maurer!** Mittwoch den 2. Juni **Mitglieder-Versammlung** im Vereinshaus, Johannisstraße 50 Tages-Ordnung. 1. Berathung des Regulativs vom Kartell. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Fragelasten und Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheuen der Mitglieder erucht **Die örtliche Verwaltung.**

# Eröffnung unserer Schuhwaaren-Niederlage

in Lübeck, Breitestraße 37.

Die mit den allernuesten Maschinen ausgerüstete Schuhfabrik mit Dampftrieb von  
**Jetzlauff & Cie.** in Strausberg bei Berlin

eröffnete am hiesigen Plage **Breitestrasse 37** am **Sonnabend, den 29. ds. Mts.,**

## eine Niederlage ihrer Schuhwaaren

und verkauft dieselben nur direct an das Publikum zu festabgestempelten Preisen.

Die Preise sind auf jeder Sohle in deutlichen Zahlen vermerkt und ist eine Uebervorthellung gänzlich ausgeschlossen.

Unser Fabrikat ist solide und aus nur gutem Material hergestellt. Die Preise sind sehr niedrig!

**Herren-Zugstiefel** schon von Mk. 3,60 an. — **Damen-Zugstiefel** schon von Mk. 2,60 an.

Wir rechnen auf großen Absatz bei einem sehr kleinen Nutzen und bitten um Besichtigung unseres großen Lagers.

Wir haben unseren Vertreter streng angewiesen, das verehrliche Publikum auf das Aufmerksamste zu bedienen.

Hochachtend  
**Jetzlauff & Cie.,**  
mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb in Strausberg bei Berlin.

**Hauptniederlage: Lübeck, Breitestrasse 37.**

# Paul Brinn & Co.

31 Breitestraße. Lübeck. Breitestraße 31.

## Kleiderstoffe.

**Woden** in allen Nuancen, doppeltbreit  
Mtr. 65 Pf.  
**Grün und bunt farbrirt**, Neuheiten in  
entzückender Ausführung Mtr. 90 Pf.  
**Schwarz und weiß farbrirt**, sehr geeignet  
zu Kinderkleidern, doppbr., Mtr. 60 Pf.  
**Ant**, reitwollene Crêpes, in allen modernen  
Farben, enorm billig.

## Regen- u. Sonnenschirme.

**Regenschirme** für Damen, eleganter Griff,  
Stück von 1,50 Mk. an.  
**Regenschirme** für Kinder,  
Stück von 1,00 Mk. an.  
**Sonnenschirme** für Kinder, aus hübschen,  
bunt gemusterten Stoffen, Stück von 25 Pf. an.  
**Sonnenschirme** für Damen, in enormer  
Auswahl, Stück von 1,00 Mk. an.

## Wäsche.

**Damen-Hemden**, aus gutem Stoff m. Spitze  
Stück von 75 Pf. an.  
**Damen-Beinkleider**, gute Qualitäten und  
beste Arbeit,  
Stück von 85 Pf. an.  
**Damen-Jacken**, weiß und bunt, aus nur  
guten Stoffen  
Stück von 1,00 Mk. an.

## Rüschen u. Schleifen.

**Nacken-Rüschen**  
und **Rüschen vom Meter**,  
nur Neuheiten, in großer Auswahl,  
schon von 15 Pf. an.

**Schleifen für Damen.**  
in den neuesten, schönsten Farben u. reizendsten  
Façons,  
Stück schon von 45 Pf. an.

## Wasch-Stoffe.

**Kleider-Kattune**, hervorragende Auswahl,  
Mtr. 45, 60, 65, 75 Pf.  
**Kleider-Barchende**, moderne schöne Muster,  
Mtr. 60 Pf.  
**Barchend**, gestreift zu Blousen,  
Mtr. 35 und 60 Pf.

## Handschuhe.

**Zwirn-Handschuhe**  
für Damen, in allen Farben und Größen,  
das Paar von 8 Pf. an.

## Glacé-Handschuhe

4-Knopf,  
vorzügliche Qualität und eleganter Sitz, das  
Paar 1,25 Mk.

## Schürzen.

**Hausstands-Schürzen**,  
aus guten, waschbaren Stoffen, in schönen  
Façons, vollkommen lang und weit geschnitten,  
schon von 45 Pf. an.

**Weisse und bunte Thee-Schürzen**  
in größter Auswahl,  
schon von 19 Pf. an.

## Cravatten

in großer Auswahl, reizende Neuheiten.  
**Cravatten** schon von 5 Pf. an.

## Waschselfbinder

entzückende Muster,  
von 20 Pfennig an.

## Blousen.

**Blousen**, hell und dunkel, Wolle  
und Waschstoff, in enormer Auswahl,  
nur  
geschmackvolle Neuheiten,  
schon von 75 Pf. an.

## Strümpfe.

**Schwarze Damen-Strümpfe**, garantiert echt,  
Paar von 20 Pf. an.  
**Schwarze Kinder-Strümpfe**, garantiert echt,  
Paar von 10 Pf. an.  
**Schwarze Kinder-Strümpfe**, prima,  
Paar von 18 Pf. an.  
**Farbige Damen-Strümpfe**,  
Paar von 26 Pf. an.  
**Soden v. 19 Pf. an**, **Schweißsoden v. 5 Pf. an.**

## Unterröcke.

**Schwarze Moiré-Unterröcke**, mit Volants  
und Besatz, vollkommen weit geschnitten,  
Stück von 2,20 Mk. an.  
**Sommer-Röcke**, aus hübschen Baumwoll-  
Stoffen,  
Stück schon von 1,50 Mk. an.  
**Staub-Unterröcke**, aus guten Stoffen und  
eleganter Schnitt, in großer Auswahl.

## Gardinen

in allen denkbaren Breiten,  
hübsche Muster,  
Meter von 5 Pf. an,  
bis zu den elegantesten.

## Câpes.

**Câpes** für Kinder, 25, 50, 75 Pf.  
**Câpes** f. Damen, entzückende Neuheiten,  
1,40, 2,50, 3, 3,50 bis 20 Mk.

## Corsets.

Diesem Artikel widmen wir ganz besondere  
Aufmerksamkeit, und legen vor allen Dingen  
den größten Werth auf eleganten, taßellosen  
Sitz, selbst bei den geringeren Qualitäten.

## Damen-Corsets

schon von 60 Pf. an.  
**Kinder-Corsets** und **Gerabehalter**  
Stück von 28 Pf. an.

## Kinderkleider

Eine Parthie **weißer Kinderkleider**,  
aus nur guten Stoffen, mit reicher  
Stickerei verziert, in allen Größen, Stück  
1,50, 2,00, 2,50, 3,00 Mk.

## Kinderwagendecken.

**Wagendecken**  
zu Schlaf- u. Sighwagen, für Kinder, aus Wolle,  
Plüsch u. Seide, schon von 90 Pf. an.

## Herren-Wäsche

**Kragen, Manschetten**  
und **Serviteurs**  
in allen neuen Façons, große Auswahl,  
enorm billig.

## Prozess v. Tausch v. Lügow.

Berlin, 26. Mai 1897.

(Fortsetzung.)

### Dritter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Köster, eröffnet die heutige Verhandlung um 9 Uhr. Der Vorsitzende entläßt die für heute geladenen Zeugen mit dem Bemerkung, daß heute günstigsten Falls die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt werden würde und daß sich die Zeugenvernehmung bis weit in die nächste Woche erstrecken werde.

Es sind zwei Briefe angelangt, der eine an den Vorsitzenden, der zweite mit der Adresse an die Geschworenen. Nach der Handschrift zu urtheilen sind beide Briefe von einer Person geschrieben. Wie der Vorsitzende mittheilt, enthält der an ihn gerichtete Brief eine Beeinflussung. Die Geschworenen lehnen darauf die Annahme des an sie gerichteten Briefes ab.

Die Verhandlung setzt bei dem Punkte der Anklage ein, der dem Angeklagten von Tausch die Strafentziehung des Lügow zum Vorwurf macht. Vors.: Sie geben doch zu, an sich als Beamter an der Strafverfolgung von Verbrechen verpflichtet zu sein? Angekl. v. Tausch: Jawohl, aber ich hielt im Interesse des Staatswohls eine Verfolgung für nicht angängig. Herr Oberstaatsanwalt Gaede sagte mir: Für mich ist die Sache abgethan, thun Sie, was Sie wollen. Ich hielt das für einen Wink, die Sache für erledigt zu halten. Außerdem sagte ich mir, es ist im Interesse des Staatswohls nicht erwünscht, daß dieser Kampf zweier Minister in die Öffentlichkeit kommt. Vors.: Das Staatswohl ist für Sie, wie für jeden Beamten maßgebend. Aber Sie wissen, daß das Interesse am Staatswohl den hohen Beamten, Herrn v. Marschall, nicht abgehalten hat, die ganze Sache in der Öffentlichkeit zu verhandeln. Ich möchte Sie fragen: hatten Sie außer dem Interesse des Staatswohls vielleicht ein persönliches Interesse an der Schonung des Lügow? v. Tausch: Nein. Vors.: Warum haben Sie im Prozesse Ledert-Lügow den Kufusch nicht sofort von dem Verdachte, die Quittungsunterschrift gegeben zu haben, gereinigt? Angekl. v. Tausch: Ich fühlte mich nicht berufen, ungerufen in die Verhandlung einzugreifen, ich war mir aber bewußt daß ich wegen der Quittung befragt werden würde und dann hätte ich die volle Wahrheit gesagt. Meine vorgesetzte Behörde wird mir bezeugen, daß ich stets auf Gerechtigkeitssinn und Wahrheitsliebe gehalten habe. R.-A. Lubczynski will festgestellt wissen, daß von Tausch, obwohl er gefragt war, doch nicht die Wahrheit über die Quittung gesagt hat. Angekl. v. Tausch: Die Quittungssache war mir vollständig gleichgültig. Ich hatte nur Besorgniß, Alles zu sagen, was mir von dem Ministerkampfe bekannt war. Es war mir doch als preussischer Beamter unangenehm, solche Dinge auszusagen. Ich hatte ja von meiner vorgesetzten Behörde weitesten

Spielraum für die Aussage erhalten, aber doch mit einer gewissen Beschränkung und fragte mich immer, wie weit kannst du gehen, wie weit nicht.

Der Oberstaatsanwalt macht dem Angeklagten den Vorwurf, daß er unter seinem Eide die Thatsache von der gefälschten Quittung verschwiegen hat. In dem Moment, wo Kufusch die Unterschrift ableugnete, der damalige Angeklagte von Lügow aber sagte, Kufusch habe die Unterschrift geleistet, mußte von Tausch vortreten und sagen, die Quittung hat Lügow gefälscht. Die Staatsanwaltschaft ersucht um Verlesung der Vernehmungen in der Quittungssache aus dem Prozesse Ledert.

Die Verteidigung stellt dann den Antrag in Aussicht, den ganzen stenographischen Bericht über den Prozess Ledert zu verlesen. R.-A. Sello: Hätte der Angekl. Tausch eingegriffen, wenn Kufusch nach seiner Aussage wegen Meineids verhaftet worden wäre? Angekl. Tausch: Unbedingt. R.-A. Sello: Ist dem Angekl. Tausch amtlich über das Ergebnis der Disziplinaruntersuchung gegen Kufusch und Gen. etwas mitgeteilt worden? Angekl.: Nur gesprochenweise hat mir Herr Gaede gesagt, daß Kufusch von der ganzen Sache nichts wisse. R.-A. Lubczynski: Herr von Tausch ist ja früher schon im Kriegsministerium beschäftigt worden. Ist ihm da das Ergebnis der Ermittlungen anders als im Gespräch, etwa unter Urkunde und Siegel, mitgeteilt worden? Angekl. Tausch: Auch nur gesprochenweise. Oberstaatsanwalt: Ich stelle nunmehr den Antrag, aus dem Prozesse Ledert die Stellen des Berichts, welche die Vernehmung des Herrn Kufusch betreffen, zu verlesen.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beschlussfassung über diesen Antrag zur Berathung zurück. Das Gericht beschließt die Verlesung des Stenogramms unter der Voraussetzung, daß die sämtlichen Prozeßbetheiligten eine Erklärung abgegeben des Inhalts, daß sie das Stenogramm, als im Wesentlichen dem Gange der Verhandlung im Prozesse Ledert entsprechend, anerkennen wollen. Die verlangte Erklärung wird von allen Prozeßbetheiligten abgegeben und die Verlesung des Stenogramms, soweit sie die Vernehmung des Kufusch betrifft, beschlossen. Nach Beendigung der Verlesung hebt R.-A. Sello hervor, daß während des Duells zwischen Lügow und Tausch auch der Oberstaatsanwalt Gaede als Zeuge anwesend war. Oberstaatsanwalt: Wenn damit dem Herrn Gaede etwa der Vorwurf des Meineides gemacht werden soll, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Herr Gaede kannte das Verhältnis zwischen Tausch und Lügow gar nicht, er hatte das Beweismaterial gegen Lügow nicht in Händen und hatte dem Tausch ganz korrekt gesagt, was er als Polizeibeamter thun wolle, sei seine Sache. R.-A. Sello: Die Verteidigung meint nur, Herr Gaede sei damals ebenso gut Zeuge gewesen, wie Tausch. Es liegt ihr, die den Angeklagten Tausch des Meineides nicht für schuldig hält, ganz fern, den Oberstaatsanwalt Gaede des gleichen Verbrechens für schuldig zu halten. R.-A. Holz

weist auf kleine Widersprüche zwischen der heutigen Aussage des Tausch und der damaligen eidlichen Aussage hin. Vorsitzender: Ja, wenn man eine mathematische Genauigkeit solcher Bekundungen verlangt, dann bewahre Gott Jeden, als Zeuge eidlich vernommen zu werden. Rechtsanwält Lubczynski: Hat Herr von Tausch vor der Verhandlung nicht bereits einem Journalisten Limann Mittheilung von der gefälschten Quittung gemacht? Angekl. v. Tausch: Das ist wohl möglich. Rechtsanwält Lubczynski: Ich frage Herrn v. Tausch, warum hat er nach dieser Mittheilung an Limann, also an einen ganz unbetheiligten Dritten, es nicht in der Verhandlung für angezeigt gehalten, mit der Wahrheit über die Quittung herauszukommen? Angekl. Tausch: Ich habe es Herrn Dr. Limann unter strengster Diskretion erzählt.

Auf Wunsch des R.-A. Lubczynski wird ein Bericht verlesen, den Tausch über seine Ermittlungen an den Präsidenten von Windheim gemacht hat. Er erzählt darin von einer Unterredung mit Herrn von Köster, der ihn nach dem Urheber der Münchener Depesche gefragt hat. Tausch hat ihm den Namen des Herrn von Lucanus genannt und Köster soll geantwortet haben: Ich sehe, daß Sie gut unterrichtet sind. Es liegt mir sehr viel daran, den Urheber zu ermitteln, Sie brauchen nicht sparsam zu sein. Von dem Verdachte gegen Kufusch und das literarische Bureau hat Tausch Herrn von Köster keine Mittheilung gemacht, wie er in dem Berichte sagt, weil die Untersuchung schon abgeschlossen war und kein Ergebnis geliefert hatte.

Es tritt die übliche Mittagspause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung stellt der Berth. Lügow, R.-A. Holz, noch einmal, nur ganz substantiirt, den Antrag, den Polizeirath Jahn in Straßburg zu vernehmen. Jahn soll bekunden, daß Tausch niemals gegen die elsässische Polizei war und ihn aus dem Amte eines Leiters der elsässischen Polizei zu verdrängen gesucht habe. Die Vernehmung soll den weiteren Zweck haben, die Vermuthung, daß Tausch den von Lügow beim „Berliner Tagebl.“ angebrachten Artikel über die elsässischen Manöver und die elsässische Polizei inspirirt habe, zu unterstützen. Die Verteidiger des Angekl. Tausch unterstützen den Antrag. Der Oberstaatsanwalt widerspricht ihm, weil es zu großen Weiterungen führen würde. Der Gerichtshof lehnt den Antrag jedoch ab, weil es sich eben nicht um Thatsachen, sondern nur um ein Urtheil in dem Antrage handle.

Die Verhandlung wendet sich wieder dem Bericht zu, den Tausch an den Präsidenten von Windheim gegeben hat. In dem Berichte sind als vermuthliche Urheber der Münchener Depesche außer Lucanus die Minister Miquel, Böttcher, Köster, Botschafter Graf Eulenburg und General von Hahnke genannt. Angekl. Tausch will diese Namen von anderen Personen gehört haben, bei denen er sich erkundigt hatte. So habe ihm Herr Gaede gesagt, es könne nur eine

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(78. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Stefan trat erlebend einen Schritt zurück. „Man hätte mich davon verständigen müssen; aber ein solches Vorgehen ist doch ganz unmöglich, es wäre nicht zu entschuldigen, und ich könnte nicht begreifen, welche Motive —“

Schwarz lächelte mit kaltem Sarkasmus. „Welche Motive? Wüßt hat Feinde, mächtige Feinde, das ist Motiv genug; und wenn diese das Erscheinen eines solchen Werkes auch nicht gänzlich zu verhindern vermögen, so können sie doch dahin wirken, daß dieses, namentlich wenn der Verleger sich ihnen gern gefällig zeigt oder vielleicht durch allerlei Mittel gefügig gemacht worden ist, verzögert wird.“

„Das wäre entsetzlich!“

„Es ist dies sehr zu beklagen im Interesse der Wissenschaft, aber Wüßt trägt selbst die meiste Schuld daran; oder ist es nicht Unklugheit gerade vor dem Erscheinen seines Werkes eine Reise anzutreten, welche ihn sozusagen aus der civilisirten Welt verschwinden läßt? Wer soll seine Interessen wahren, wenn er sie selbst in solcher Weise vernachlässigt?“

„Sagen Sie mir, Herr Professor, rathen Sie mir, was kann ich dafür thun? Wir haben doch einen Vertrag in Händen — sehen Sie selbst.“

Schwarz durchblühte das Schriftstück, das ihm Stefan hinhielt. „Dieser Vertrag“, sagte er dann, ihn wieder zurückgebend, „verpflichtet den Verleger zu gar nichts, er ist sehr ungeschickt gemacht. Herr Kleiber ist gehalten, eine Summe von sechshundert Gulden nach dem Erscheinen des Buches Ihnen auszufolgen, aber er hat keine Bürgschaft zu zahlen, wenn er es nicht erscheinen läßt.“

„Aber er hat ja bereits sechshundert Gulden dafür in vorhinein bezahlt.“

„Die wird er aber verlieren, und er hat wahrscheinlich dann noch einen Vortheil dabei.“

„Ich will mir sogleich Aufklärung darüber verschaffen!“ rief Stefan in heftiger Erregung.

Er grüßte und rannte davon. Athemlos langte er bei dem Verleger an. Dieser versuchte, die Sache anders darzustellen. Er hätte Professor Wüßt einmal sein Wort gegeben, meinte er, er werde es auch halten, er hätte ja selbst im andern Falle einen zu großen Schaden dabei, aber er müsse die Herausgabe auf die Rückkunft Wüsts verschieben. Einige Reduktionen erschienen ihm unumgänglich, er könne diese aber nur mit dessen Wissen und Willen vornehmen.

Stefan drohte, daß er das Wort ganz zurücknehmen und einen anderen Verleger dafür gewinnen werde. Kleiber gestand ihm das Recht zu, machte aber ihn darauf aufmerksam, daß es ihm sehr schwer fallen dürfte, einen solchen zu finden, und daß er selbst sodann jede weitere Verbindung mit Wüßt ablehnen würde. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, und das Resultat war, daß Stefan alles beim Alten ließ. Er konnte hier nicht eigenmächtig handeln, umsoweniger, da er sich sagte, daß Wüßt auf diese Weise direkt nicht geschädigt werde, und daß die Herausgabe nur einen Aufschub erleide, indem, wenn er das Wort zurücknähme, dessen Erscheinen ganz in Frage gestellt werden könnte. Er könne ja dasselbe immer noch beanspruchen, sobald er nur erst wirklich einen anderen Verleger dafür hätte.

Er ging also Grimm und Born im Herzen. Verstört kam er nach Hause. Er hatte zuerst nur an Wüßt gedacht, jetzt ward ihm das Mißliche seiner eigenen Lage klar. Er hatte so ganz auf dieses Geld gerechnet, er hatte es nicht für möglich gehalten, daß es ihm vor-enthalten bleiben könne, und nun war es doch so — und Wüßt war im Innern Brasiliens, es konnte ein ganzes Jahr dauern, ehe er wiederkehrte; von was sollte er leben?

Der Tag hatte so schön begonnen, so glückverheißend, er hatte ihn so fröhlich zu beenden gedacht, nun war er wie niedergeschmettert unter der Wucht dieses ihn so un-erhofft treffenden Schlags. Wenn es ihm nicht gelang, sich selbst seinen Lebensunterhalt zu erwerben, so war

alles für ihn in Frage gestellt, all sein Hoffen zerstört, ja, er selbst war dem Elend, dem Mangel preisgegeben. Seine ihm angeborene Elastizität lehrte indes bald wieder. Wie? Hatte er sich nicht für einen harten Kampf gerüstet. Galt es nicht, einen hohen Preis zu erringen, und hatte er sich nicht zugeschworen, ihn zu holen, und sollte er auch darüber zu Grunde gehen? Und nun, beim ersten Mißgeschick bräche er müthlos zusammen? Nein! „Ich will lernen, auf mich selbst vertrauen, ich will mir allein durch die Welt helfen, thuns doch so viele Andere!“

All sein Jugendmuth, all der Stolz des auf sich selbst Angewiesenen erstanden ihm neu. Professor Schwarz, das wußte er, würde die Vorauszahlung der Pension nicht verlangen, er würde warten. Er hatte also einen, ja zwei Monate Zeit, sich umzusehen, etwas zu verdienen. Er wollte Unterricht geben, er mußte sich Lektionen zu verschaffen suchen. Er besprach sich mit Frank, dieser rieth ihm, er solle sein Gesuch in den Blättern annonciren. Das Inserat sei das einzige Mittel in einer großen Stadt und zugleich das beste.

Stefan ließ ein solches in mehrere Blätter einrücken und bezahlte dafür eine artige Summe. Er erwartete mit ungeduldiger Spannung den Erfolg. Es kam nichts, keine Anfrage, keine Zuschrift. „Sie müssen es noch einmal hineingeben“, rieth Frank. Stefan gehorchte und inserirte ein zweites Mal. Es ergab kein günstigeres Resultat.

Wochen waren ihm so in steter Erwartung vergangen, da äußerte er einem Studirenden gegenüber, demselben, der öfter mit ihm korrespondirte, seine Verwunderung über seine vergeblichen Bemühungen.

Dieser lachte über Stefans naive Unkenntniß und belehrte ihn, daß es keineswegs eine so leichte Sache sei, Lektionen zu erhalten. Das Angebot dafür sei ungleich größer als der Bedarf, und einer, der sein Examen nicht gemacht habe, der habe bei dieser enormen Konkurrenz gar keine Aussicht auf Erfolg. Es gäbe so viele Hörer der Hochschulen, absolvirte Juristen, ja, schon anerkannte Lehrkräfte, die sich vergeblich nach Lektionen umsahen,

Indiskretion eines Teilnehmers der Staatsministerial- scheidung vorliegen. Zwei Minister seien gegen die Militärstrafprozessreform gewesen, einer davon sei Herr von Köllner gewesen. Weitere Auskunft will er über die Personen, mit denen er gesprochen haben will, nicht geben. In dem Berichte hat Tausch angegeben, daß Herr Gaede zuerst den Verdacht auf das Literarische Bureau im Ministerium des Innern gelenkt habe. Heute hat Tausch in Uebereinstimmung mit dem Zeugniß des Herrn Gaede im Lecker-Prozess zugegeben, daß er zuerst den Verdacht gegen das Literarische Bureau ausgesprochen habe, nicht Herr Gaede. Den Widerspruch zwischen den Angaben des Berichts und dem tatsächlichen Vorgang will Tausch auf die sündliche Fertigstellung des Berichts zurückführen.

Der Vorsitzende hebt hervor, daß es von großer Erheblichkeit ist, ob der Verdacht gegen das Ministerium des Innern zuerst von Herrn Gaede oder Herrn v. Tausch ausgesprochen worden ist.

Es kommt wieder einmal zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern der beiden Angeklagten, die die Glaubwürdigkeit der Weiden gegenseitig bemängeln. In dem Berichte des Tausch heißt es weiter: Herr Gaede theilte mir mit, daß ihm Herr v. Köllner zugegeben habe, nachdem die Depesche erschienen sei, mehrere Artikel in dem Sinne der Depesche in Blätter lanciert zu haben. Herr Gaede habe ihm außerdem gesagt, Köllner habe auf der Hatzjagd in Lecklingen eine Aeußerung über die Ministerkollegen gethan, die er selbst bereits zugestanden habe. Auf die Frage des R. A. Subschanski, ob Herr Gaede dem Tausch das wirklich gesagt habe, erwidert Tausch, er behalte sich die Antwort auf diese Frage bis zur eidlichen Vernehmung des Oberstaatsanwalts Gaede vor.

Die Vernehmung des Angekl. Tausch wendet sich nun der Thatfache zu, daß er Lecker am 9. Oktober, von Lügow aber erst am 10. Oktober verhaftet habe. von Tausch erklärt das mit technischen Gründen; er habe am 9. Oktober ununterbrochen von 9 Uhr früh bis 8 1/2 Uhr Abends Dienst gethan, und nichts, weder Frühstück, Mittag- noch Abendbrot genossen. Er sei physisch nicht mehr leistungsfähig gewesen und habe deshalb die Verhaftung Lügows auf den folgenden Tag um 7 Uhr früh verschoben, zumal er sicher war, daß sein Agent nicht fliehen würde. Als Lügow am 10. Oktober vernommen wurde, hat er ihm 10 Mk. gegeben. Der Angeklagte erklärt das aus seiner humanen Gesinnung. Er habe auch anderen Verhafteten Geld zum Frühstück gegeben; Lügow habe ihm geklagt, daß er keinen Pfennig habe. Vors.: Sie haben dem Wachtmeister, der die Hausfuchung bei Lügow vornehmen sollte, bei der Instruktion gesagt: Finden werden Sie nichts. Angekl. v. Tausch: Ich war auch überzeugt, daß er nichts finden würde. Vors.: Sie haben zu dem Schutzmann gesagt: Hausfuchung müssen Sie noch halten, er giebt Ihnen auch heraus, was er hat. Die Anklage nimmt an, daß Sie damit haben sagen wollen, der Beamte möge möglichst wenig suchen. Angekl. Tausch: Ich weiß nicht, was sich der Schutzmann gebacht hat. Ich habe aber solche Gedanken nicht in ihm erwecken wollen. Vors.: Nachdem Lügow aus der Haft das erste Mal entlassen worden war, haben Sie ihm noch 100 Mk. gegeben. Angekl.: Das war sein Gehalt. Ich gab es ihm, weil ich bis zum Ende des Prozesses Lecker mit ihm nicht mehr zusammenkommen wollte. Das Letztere habe ich ihm auch gesagt. Vors.: Warum haben Sie nun, als Sie vom Präsidenten von Windheim befragt wurden, nichts von der gefälschten Quittung gesagt? Angekl. Tausch: Vor Gericht muß man so etwas sagen, bei einer Auskunft nicht. Ich sagte schon, Herr von Windheim kannte die Agenten nicht und kümmerte sich um das Agentenwesen nicht. Vors.: Sie wissen doch, daß der Herr Polizei-

präsident die Behörde nach außen repräsentirt. Ich meine, er mußte doch kontrolliren können, was Sie für Agenten benutzen, damit nicht einmal von diesen Leuten die Behörde arg kompromittirt werden kann. Angekl.: Der Polizeipräsident steht zu hoch, um mit dem Agentenwesen befaßt werden zu können. Wer es gut meint mit der Behörde, der darf den Präsidenten nicht zum Mitwisser in den Agentendingen machen, grade weil diese Leute den Behörden oft Unbequemlichkeiten bereiten. — Oberstaatsanwalt: Es ist hier eine Organisationsfrage der Polizei berührt worden, die vielleicht noch später bei der Vernehmung des Herrn von Windheim erörtert werden wird. Ich bin in der Lage, mich in diesem Punkte, aber nur in diesem Punkte, auf den Boden des Angeklagten zu stellen. In der That konnte sich der Präsident nicht mit den Agenten befassen, er ließ sich mit Absicht nicht unterrichten. Wenn er aber von dieser Regel einmal abweicht und einen Bericht von dem Angeklagten über einen Agenten erforderte, so mußte der Angeklagte auch von der Regel abweichen und dem Polizeipräsidenten die Wahrheit sagen. Ich mache ihm deshalb den Vorwurf, einen wesentlich falschen Bericht erstattet zu haben. Vors.: Glauben Sie denn, der Polizeipräsident wollte keinen wahrheitsgetreuen Bericht haben? Angekl. von Tausch: Nein, aber ich wollte dem Präsidenten die Verlegenheit ersparen, entweder einen wahrheitsgetreuen Bericht an die Staatsanwaltschaft zu geben und damit die ganze Affäre der Öffentlichkeit zu übergeben, oder die Sache auch zu verschweigen, wie ich es gethan habe. Ohne solche Maßnahmen kann ein tüchtiger Polizeibeamter nicht auskommen, das kann ich Ihnen versichern. Ist erst einmal die Staatsanwaltschaft unterrichtet, dann geht Alles seinen Lauf. Oberstaatsanwalt: Jawohl, ich hätte den Lügow zur Verantwortung gezogen, denn ich habe eine andere Ansicht über die Pflicht der Strafverfolgung von Verbrechen, wie der Angeklagte v. Tausch. Angekl. v. Tausch: Man muß eben meine Stellung als Polizeibeamter berücksichtigen. Ich hielt das Staatsinteresse für höher als die Bestrafung eines Polizeiaagenten. Außerdem ist es nicht möglich, ohne Agenten zu arbeiten. Wollte man aber jedes Vergehen eines solchen Agenten verfolgen, so wäre man bald alle Agenten los.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus Nah und Fern.

Die 28 Großstädte des Deutschen Reiches im neunzehnten Jahrhundert, welche am 2. Dezember 1895 mehr als 100 000 Einwohner hatten, behandeln die „Mittheilungen des württembergischen Statistischen Landesamts.“ Die gegenwärtigen 28 Großstädte in Deutschland hatten folgende Bevölkerung:

	2. 12. 1895	1. 12. 75	1816
Berlin . . . . .	1 677 851	966 858	166 584
Hamburg . . . . .	625 552	264 675	106 920
München . . . . .	407 174	193 024	46 896
Leipzig . . . . .	398 448	127 387	32 492
Breslau . . . . .	373 206	239 050	68 020
Dresden . . . . .	334 066	197 295	49 074
Köln . . . . .	321 431	135 371	38 844
Frankfurt a. M. . . . .	229 299	103 136	40 485
Magdeburg . . . . .	214 397	87 926	30 250
Hannover . . . . .	209 560	106 677	24 000
Düsseldorf . . . . .	176 024	80 695	11 844
Königsberg i. P. . . . .	172 891	122 636	55 197
Nürnberg . . . . .	162 380	91 018	49 459
Chemnitz . . . . .	160 991	78 209	10 835
Stuttgart . . . . .	158 321	107 273	21 124
Altona . . . . .	148 944	84 097	28 085

	2. 12. 1895	1. 12. 75	1816
Bremen . . . . .	141 937	102 532	47 797
Stettin . . . . .	140 731	80 972	21 143
Erfeld . . . . .	139 168	80 589	18 071
Strasbourg i. E. . . . .	135 313	94 306	49 902
Charlottenburg . . . . .	132 803	25 847	3 223
Barmen . . . . .	127 002	86 604	23 104
Danzig . . . . .	125 639	97 931	44 511
Halle . . . . .	116 802	60 503	19 747
Braunschweig . . . . .	114 686	65 938	29 050
Dortmund . . . . .	111 235	57 742	4 000
Nachen . . . . .	110 489	79 606	27 164
Crefeld . . . . .	107 278	62 905	8 319

Alle diese Großstädte zusammen zählten 1895 7 271 708 Einwohner, 1875 3 880 701, 1816 1 065 640.

Einwohner. Dabei hatte das Gebiet des gegenwärtigen Deutschen Reiches 1895 52,28 Millionen, 1890 42,7 Millionen, 1816 24,8 Millionen. Zu Beginn unseres Jahrhunderts gab es also überhaupt nur zwei Großstädte im jetzigen Reichsgebiet, Berlin und Hamburg, die Hauptstadt des größten deutschen Staats im Norden und die Hauptseestadt, und diese zwei hatten verhältnismäßig recht bescheidene Bevölkerungsziffern. Die Städte Chemnitz, Crefeld und Düsseldorf waren sehr mäßige Landstädte, Charlottenburg und Dortmund unbedeutende Wohnplätze. Im Jahre 1875 hatten sich erst 11 Städte zu „Großstädten“ aufgeschwungen. Allen voran blieb Berlin, das von 1816 bis 1875 um volle 800 274 Personen gewachsen ist. Volle 59 Jahre hat Berlin gebraucht, um von 166 584 auf 826 341, also um 657 757 Personen anzuwachsen; in den 24 Jahren von 1871-95 dagegen betrug die Zunahme 851 010, war also größer als diejenige der ersten zwei Drittel des ganzen Jahrhunderts. Auch die Hauptstädte der anderen größeren Bundesstaaten des Reiches haben keineswegs gelitten; von 1816 bis 1895 haben sich München von der 9. zur 3., Dresden von der 7. bis zur 6. und Stuttgart von der 21. zur 15. Stelle gehoben. Städte mit reicher Vergangenheit und von altem Ansehen, wie Königsberg i. Pr., Straßburg i. E., Nürnberg gehörten noch beim Eintritt in unser Jahrhundert zu den sechs großen deutschen Städten; beim Ausgange desselben sind sie an die 12., 20. und 13. Stelle hintergebrängt worden.

Vor achtzig Jahren wohnte nur 1 pZt. der Gesamtbevölkerung in „Großstädten“, heute 14 pZt. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 waren von je 100 ortsanwesenden Einwohnern außerhalb der betreffenden Großstadt geboren in München 64 pZt., Hannover 62,5, Stettin 62,4, Dresden 61,8, Frankfurt a. M. 61,7, Stuttgart 59,9, Leipzig, Straßburg 59,8, Berlin 59,3, Altona 59,1, Halle a. S. 58,5, Chemnitz 58,4, Breslau 57,4, Königsberg 56,8, Magdeburg 55,8, Braunschweig 55,4, Nürnberg 54,9, Düsseldorf 53,2, Hamburg 52,5, Danzig 49,4, Köln 47, Bremen 45,2, Erfeld 42,7, Crefeld 41, Barmen 38,7 und Nachen 37,6. Man sieht, nur in 7 von den 26 hier aufgeführten Großstädten bestand am 1. Dezember 1890 die Mehrheit der Ortsanwesenden aus Ortsgebürtigen, und auch bei keiner dieser 7 erreichte sie zwei Drittel.

Der „Reichsanzeiger“ meint: „Wenn“ das Wachstum der deutschen Großstädte in demselben Maße fortschritte, in welchem es 1875-95 vor sich gegangen ist, so würde in weiteren 20 Jahren, also im Jahre 1915, unter je 5 Einwohnern des Deutschen Reichs ein „Großstädter“ sein, und knüpft daran die Fragen: Sind die Großstädte die Träger einer kommenden höheren Kultur oder nicht? Soll ihr Wachstum gefördert oder hintangehalten werden? Ist künstliche Dezentralisation der Bevölkerung im Interesse einer harmonischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung des Gesamtvolkes anzustreben oder nicht? und wenn ja ist diese Dezentralisation überhaupt möglich?

kaum ein Zehntel von all denjenigen, welche sich damit ihr Brod zu erwerben suchten, fänden es wirklich auf diese Weise.

„Und was machen denn die übrigen, von was leben sie?“

„Nun, die meisten wissen sich irgend eine Unterstützung zu verschaffen, einige greifen zu dem nächstbesten Erwerb, den sie gerade bekommen können, sehr viele aber unterliegen der Mißgunst der Verhältnisse, es ereignet sich jedes Jahr einige Male, daß einer in unserer Mitte im Hörsale zusammenbricht, er wird ohnmächtig, nachdem er tagelang gehungert hat.“

Stefan seufzte. Das war eine traurige Verkündigung, aber er hielt sie für übertrieben, er wollte sich wenigstens nicht einschüchtern lassen, und solange es ginge, nichts unversucht lassen. Er inserirte ein drittes Mal und erhielt eine Zuschrift und eine Adresse. „Endlich, endlich!“ rief er entzückt.

Er begab sich sofort an den ihm bezeichneten Ort. Es war ein sogenanntes „feines Haus“. Er wurde angemeldet und hierauf in einen Salon geführt, in welchem sich die Frau des Hauses und noch eine andere Dame befanden. Er wurde bei seinem Eintritt mit einem „Hi!“ empfangen, das nichtgrade ermutigend klang. Sein Neuzug, sein Gebrechen namentlich, schien aufzuwallen und zu verblüffen.

Die Damen klüfterten mit einander und musterten ihn dann mit einer für ihn peinlichen Aufmerksamkeit. Hierauf ließen sie ihn an sich herantreten und begangen ein förmliches Verhör mit ihm. Sie zeigten einen sehr bedeutenden Grad von Neugierde, diese Damen, sie wollten nämlich alles wissen: die Art, wie er den Arm verloren, seine früheren heimatlichen Verhältnisse und seine jetzigen,

und sie befragten ihn sogar um seine Pläne und Aussichten für die Zukunft.

Nachdem sie ihren Wissensdurst befriedigt und ihm Geständnisse förmlich erpreßt hatten, bedauerte Gnädige unendlich, ihn nicht sofort engagiren zu können, aber sie müsse vorher noch mit ihrem Gemahl Rücksprache nehmen und sie werde ihm dann das Resultat mittheilen. Sie zweifelte gar nicht, daß es ein günstiges sein werde, sie betrachte ihn schon als angenommen und hege bereits für ihn die freundlichste Gesinnung. Er wurde hierauf mit einem huldvollen Sächeln entlassen. Leider mußte er, noch während er im Vorgimmer den Paletot anlegte, einige Aeußerungen dieser freundlichen Gesinnungen mitanhören.

Er hatte kaum die Thür hinter sich zugezogen, als die Damen mit lauter Stimme ihre gegenseitige Meinung über ihn zum Austausch brachten.

„Der Mensch ist nicht übel,“ sagte die Dame vom Haupte, „aber ich möchte nicht gern meine Kinder an den widrigen Anblick eines Krüppels gewöhnen, ihre Zartfälligkeit müßte dadurch abgestumpft werden.“

„Ach, und der ist ja doch nur ein gemeiner Soldat gewesen, nicht einmal eine Charge hat er bekleidet.“

„Du hörtest ja, er war ein Bauernjunge, obwohl er, wie ich finde, nichts Bauerliches mehr an sich hat, im Gegentheil —“

„Du scheinst also wirklich für ihn eingenommen, aber bedenke nur, der Mensch hat noch gar keine Zeugnisse, und dann hat er ganz und garnichts Beherzhaftes nichts Pädagogisches, er trägt nicht einmal die Brille.“

Und dann ist er so blaß, er sieht trotz seiner Jugend nicht blühend aus, wer weiß, was ihm sonst noch fehlen

mag, — o, sei nur ruhig, der bekommt die Stelle nicht, ich werde mich hüten.“

Stefan hörte nichts weiter, eifensd verließ er das Haus, er rannte durch die Straßen, wie von den Furien gejagt. Er konnte also wirklich vergeblich nach Brod suchen, es konnte also wirklich soweit mit ihm kommen, daß er, kaum zwei Monate vor dem entscheidenden Examen, von allen Mitteln entblüßt dastand, daß er davon zurücktreten mußte, nachdem er so viel dafür gelernt, gearbeitet, gesorgt, und daß er, statt um die Aufnahme in die Hochschule, um die in's Invalidenhaus nachsuchen mußte.

Es konnte so weit kommen? Es war ja bereits so weit, was fehlte denn noch dazu? Er wollte jetzt zum Professor, er wollte ihm Alles sagen. Er mußte es wissen, daß er ihm nichts werde bezahlen können, ja, daß die Verpflegung von zwei Monaten, die er bisher angenommen, eine Schuld sei, die er nicht abtragen, nicht vergüten könne. Und wenn dieser dann mit seiner kalten Miene ihn gehen heißt — dann ist's eben zum Aergsten schon gekommen. (Fortsetzung folgt.)

### Literarisches.

Im Verlag von J. S. W. Diez in Stuttgart sind von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring Heft 5 und 6 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. X. Karl Marx und Friedrich Engels. Kap. XI. Proletarische Bewegungen. 1. Revolutionäre Agitationen in der Schweiz. 2. Deutsches Massenproletariat. 3. Hungeraufstände. Die schlesischen Weber. Kap. XII. Der deutsche Sozialismus. 1. Christlich-sozialer Sozialismus.

Das komplette Werk wird ca. 36 Lieferungen à 20 Pfennig umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.